

Gewaltspirale dreht sich weiter

Israel: Tote nach Schüssen im Gazastreifen und Bombenanschlag in Zentralisrael

GAZA: Israelische Soldaten haben am Mittwoch im Gazastreifen vier Palästinenser erschossen. Gleichentags wurden am Abend bei einem Bombenanschlag auf einen israelischen Bus in Zentralisrael mindestens zwei Menschen getötet.

Nach inoffiziellen Angaben wurden in der zentralisraelischen Stadt Hadera 31 Menschen verletzt, darunter drei schwer. Ursprünglich war von vier Toten und 21 zum Teil lebensgefährlich Verletzten die Rede gewesen.

Gegen 16.30 Uhr (MEZ) explodierte in unmittelbarer Nähe des Busses der staatlichen Gesellschaft Egged auf einer belebten Hauptstrasse der Stadt ein mit Sprengstoff beladener Personenwagen. Die Wucht der Detonation riss den Wagen in Stücke und hob den nicht voll besetzten Bus ein Stück in die Luft.

Anschuldigung

Die Polizei vermutet die islamistische palästinensische Hamas-Organisation hinter dem Anschlag. Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak sprach von einem «barbarischen Akt», für den die palästinensische Autonomiebehörde die Verantwortung trage. Noch für Mittwochabend wurde eine Sondersitzung des Sicherheitskabinetts einberufen. Die Autonomiebehörde ist nach eigenen Angaben nicht in den Bombenanschlag in Nordisrael verwickelt. Aus Kreisen der Autonomie-Regierung hiess es, die-



Der Sprengsatz wurde gestern in der nordisraelischen Stadt Hadera im abendlichen Berufsverkehr gezündet. Dabei kamen mindestens zwei Menschen ums Leben.

se weise die entsprechende Anschuldigung von Barak zurück. Barak mache die Autonomiebehörde immer wieder für derartige Vorfälle verantwortlich, obwohl sie nichts damit zu tun habe. So wolle er das gewaltsame Vorgehen der israelischen Armee gegen die Palästinenser rechtfertigen.

Vier tote Palästinenser
Palästinensische Politiker hatten noch am Mittwochmorgen mögliche Anschläge innerhalb Israels angedroht, nachdem israelische Soldaten im südlichen Gazastreifen Maschinengewehrsalven auf zwei voll besetzte palästinensische Autos gefeuert und vier Palästinenser

getötet hatten. Der palästinensische Sicherheitschef im Gazastreifen, Mohammed Dachlan, nannte die Militäraktion eine «Kriegserklärung». Nach palästinensischer Darstellung handelte es sich bei den Getöteten um unbewaffnete Zivilisten, unter ihnen eine 23-jährige Frau und ein Taxifahrer.

Rechtfertigung

Ein israelischer Armeesprecher rechtfertigte die Aktion in der Nähe einer jüdischen Siedlung mit der Jagd auf einen führenden Fatah-Aktivist. Israel wollte den 30-jährigen Fatah-Aktivisten Dschamal Hassan Rasek fassen, der an einem Überfall auf zwei israelische Soldaten in der Nähe der israelischen Grenze beteiligt gewesen sei. Die Gruppe von Palästinensern habe angeblich vorgehabt, in die nahe gelegene jüdische Siedlung Morag bei Rafah im Süden des Gazastreifens einzudringen. Um das Auto zu stoppen, sei eine Strassensperre errichtet worden, die das Auto Raseks angeblich zu durchbrechen versuchte. Dabei soll Rasek getötet worden sein.

Der Zwischenfall überschattete den Besuch von US-Verteidigungsminister William Cohen in Jerusalem, der zum Abschluss seiner Nahostreise Barak traf.

NACHRICHTEN

UNO will Gefangenaustausch

NEW YORK: Der UNO-Sicherheitsrat drängt die Regierungen von Äthiopien und Eritrea, ihre Kriegsgefangenen auszutauschen. Sie würden damit einen wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung leisten und die Friedensverhandlungen erleichtern. Ausserdem hofft der Sicherheitsrat, dass beide Länder eine Karte mit Angaben über die im Grenzgebiet ausgelegten Anti-Personen-Minen erstellen, hiess es gestern bei der UNO in New York. Die UNO unterstützt die Annäherung zwischen Äthiopien und Eritrea mit einer Friedensmission von 4200 Blauhelmen. Sie sollen bis Anfang 2001 an der rund tausend Kilometer langen Grenze stationiert sein.

Radioaktives Material aus Fabrik ausgetreten

SEOUL: Aus dem Testzentrum einer Firma in der südkoreanischen Stadt Ulsan ist gestern radioaktives Material ausgetreten. Dabei wurde nach offiziellen Angaben ein Mitarbeiter verstrahlt. Der Unfall sei auf «nachlässiges Verhalten» des Mitarbeiters zurückzuführen. Das Strahlenopfer wurde in ein Spital eingeliefert, über seinen Zustand war vorerst nichts bekannt. Für die Gesundheit des Mannes und der Anwohner bestehe keine Gefahr, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Der Unglücksort sei abgeriegelt und entgiftet worden. Der Unfall habe sich mit einem Gerät zur Untersuchung von Schweißnähten in Metallkonstruktionen ereignet.

Spanischer Ex-Minister getötet

BARCELONA: Spaniens früherer Gesundheitsminister Ernest Lluich ist am Dienstagabend in Barcelona erschossen worden. Das der ETA angelastete Attentat überschattete die Feiern zum 25. Jahrestag der Inthronisierung von König Juan Carlos.

Dem 63-jährigen sozialistischen Politiker Lluich sei in seiner Garage zweimal in den Hinterkopf geschossen worden, teilte die Polizei mit. Die Täter sprengten unmittelbar nach dem Anschlag ihren Fluchtwagen in die Luft, möglicherweise um Spuren zu verwischen. Sollte die baskische Untergrundorganisation ETA hinter dem Anschlag stehen, wäre Lluich der bekannteste Politiker, der in den letzten Jahren bei einem Attentat der ETA getötet wurde.

Lluich war bis 1996 Gesundheitsminister im Kabinett des sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales. Der Sprecher der spanischen Regierung, Pio Cabanillas, bezeichnete das Attentat auf Lluich im Radio als «schrecklich und absolut schockierend». Lluich sei ein grossartiger Mann und Politiker gewesen.

Das Attentat am Vorabend der Feiern zum 25. Jahrestag der Thronbesteigung von König Juan Carlos, der für die ETA ein Symbol des von ihr bekämpften spanischen Staates ist. König Juan Carlos sagte vor dem Parlament, die terroristische Gewalt werde keinen Erfolg haben und Spanien nicht dazu bringen, Freiheit, Demokratie und Gesetze aufzugeben, die Lluich mit Intelligenz und Kraft verteidigt habe.

US-Wahlen: Neuer Rückschlag für Gore

Auszählung nur noch in zwei Bezirken - Bush will das Oberste Gericht einschalten

MIAMI: Der demokratische Kandidat für die US-Präsidentschaft, Al Gore, hat im Kampf um das Weisse Haus einen unerwarteten Rückschlag erlitten. Der als demokratische Hochburg geltende Bezirk Miami-Dade stellte die Handauszählung ein.

Einen Tag nachdem der Oberste Gerichtshof von Florida die Einbeziehung der Handauszählung in das Wahlergebnis verweigert und damit das Gore-Lager gestärkt hatte, stellte der einwohnerreichste Wahlbezirk Miami-Dade gestern die Auszählung ein.

Zu wenig Zeit

Die Zeit reiche nicht aus, um alle Stimmen erneut von Hand auszuzählen, hiess es zur Begründung. Es sei technisch unmöglich, die Stimmen bis zu der vom Obersten Gerichtshof

gesetzten Frist am Sonntag 17.00 Uhr (23.00 Uhr MEZ) per Hand vollständig neu auszuzählen, erklärte die Wahlkommission von Miami-Dade. Da am Sonntag nicht gearbeitet werde, hätten die Wahlbezirke zur Meldung der Stimmen effektiv noch Zeit bis Montagmorgen 09.00 Uhr Ortszeit (15.00 Uhr MEZ), sagte ein Gerichtssprecher.

Selbst die 10 750 nicht klar markierten Stimmzettel, auf denen ausschliessliche Auszählung sich die Kommission von Miami-Dade zunächst geeinigt hatte, könnten vermutlich bis zum Fristablauf nicht mehr durchgesehen werden. Mit der Entscheidung bleibt das bisherige offizielle Ergebnis der Wahl in dem Bezirk mit seinen 650 000 abgegebenen Stimmen bestehen.

Gores Wahlkampfmanager William Daley erklärte, Gores

Team werde sofort gegen die Entscheidung vorgehen: «Wir wollen eine Anordnung erlassen, damit die Wahlhelfer in Dade County die Auszählung fortsetzen müssen», betonte er in Washington. Nach bisherigen Ergebnissen liegt der Republikaner Bush in Florida 930 Stimmen vor dem Vizepräsidenten.

Das Oberste Gericht in Florida hatte am Dienstagabend entschieden, dass die Ergebnisse der Handauszählungen in drei Wahlbezirken - Miami-Dade, Palm Beach und Broward - im Endergebnis berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig setzte es die Frist, bis zu der die Auszählung abgeschlossen werden muss.

Bis gestern ergaben die Handauszählungen nach Medienberichten nur geringe Stimmenzugewinne für Gore. Entscheidend könnten deshalb

die mehreren tausend halbgezeichneten Stimmzettel sein, die die Wahlhelfer bisher aussortierten. Das Gericht empfahl in seinem Urteil, auch diese Stimmzettel anzuerkennen, wenn der Wählerwille deutlich erkennbar ist.

Die Republikaner wollen nun das höchste Gericht der USA einschalten. Wie es hiess, will das Bush-Team argumentieren, dass die höchste staatliche Instanz ihre Kompetenzen überschritt, als sie die Fortsetzung der Handauszählungen in drei Bezirken unterstützte und die Einbeziehung der Ergebnisse anordnete.

Die US-Bundesstaaten müssen die Endergebnisse spätestens am 12. Dezember weiterleiten. Am 18. Dezember tritt dann das Wahlmännerkollegium zusammen, das formal den nächsten US-Präsidenten wählt.

Mehrere Tote bei Anschlägen

Kosovo: Bombenanschlag auf serbischen Regierungsvertreter

PRISTINA: Eine Welle der Gewalt in Kosovo und in Südserbien hat den Konflikt um die von der UNO verwaltete Provinz erneut verschärft. Am Mittwoch wurden in dem Gebiet mindestens vier Menschen getötet.

Der UNO-Verwalter in Kosovo, Bernard Kouchner, und der Kommandant der Friedenstruppe KFOR, General Carlo Cambi, sprachen am Mittwoch von «Terror». Die Welle der Gewalt sei eine Warnung an die UNO-Verwaltung und über die UNO-Verwaltung an die internationale Gemeinschaft. Die Extremisten seien nun bereit, ihre Angriffe auf die serbischen

Kommunen zu verstärken. «Die düsteren Zeiten kehren zurück», sagte Kouchner.

Anschlag auf Belgrads Repräsentant

In der Kosovo-Hauptstadt Pristina zündeten Unbekannte vor dem Haus des Belgrader Regierungsvertreters Stanimir Vukicevic eine Bombe, die einen serbischen Mitarbeiter tötete und sechs weitere Menschen verletzte, wie die Friedenstruppe KFOR mitteilte. Vukicevic wurde nicht verletzt.

Bei einem Angriff nahe der administrativen Grenzen zu Kosovo in Konculj bei Presevo wurden nach unterschiedlichen Berichten drei oder vier serbi-

sche Polizisten getötet, meldete der Belgrader Sender B-92. Serbische Behörden beschuldigten die albanische Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanovac (UCPMB) der Bluttat. In den vergangenen zwölf Monaten seien bei Angriffen in diesem Gebiet mehrere Dutzend Polizisten, Zivilisten und kosovo-albanische Kämpfer ums Leben gekommen. Beim Granatenbeschuss auf serbische Stellungen nahe Konculj seien auch 13 Polizisten verletzt worden, drei von ihnen schwer. Das meldete die Belgrader Nachrichtenagentur Beta unter Berufung auf den Spitzenpolitiker der Demokratischen Opposition Serbiens (DOS), Zoran Djindjic.

Fujimori abgesetzt

LIMA: Das peruanische Parlament hat den Rücktritt von Präsident Alberto Fujimori abgelehnt und ihn stattdessen nach zehn Amtsjahren «wegen moralischer Unfähigkeit» abgesetzt. Nun übernimmt Parlamentspräsident Valetin Paniagua die Amtsgeschäfte. Nach einer von den Medien als «historisch» gefeierten zwölfstündigen Sitzung in Lima fiel das Urteil der Abgeordneten über Fujimori mit 62 zu neun Stimmen deutlich aus. Neun Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Als nächsten Schritt ernannte der Kongress am Mittwoch Paniagua zum Interims-Staatschef.

REKLAMEN

Swissca	
Repräsentant: Hypo Investment Bank AG, Landstr. 104, 9490 Vaduz, Tel. +423265 56 56	
Tageskurse per 22.11.2000	
Fondsname/Währung	Inventarwert (netto)
Swissca Valca CHF	325.40
Swissca Portfolio Fund Income CHF	117.02
Swissca Portfolio Fund Yield CHF	144.91
Swissca Portfolio Fund Balanced CHF	176.45
Swissca Portfolio Fund Growth CHF	223.49
Swissca Portfolio Fund Equity CHF	299.68
Swissca Portfolio Fund Yield (Euro) EUR	100.88
Swissca Portfolio Fund Mixed (Euro) EUR	109.70
Swissca Portfolio Fund Growth (Euro) EUR	100.92
Swissca MM Fund AUD	1383.11
Swissca MM Fund USD	1553.74
Swissca MM Fund GBP	1845.14
Swissca MM Fund EUR	1675.44
Swissca MM Fund CHF	1347.63
Swissca MM Fund CAD	1481.49
Swissca MM Fund JPY	107926.00
Swissca Bond Invest CHF	1033.56
Swissca Bond Invest USD	1036.33
Swissca Bond Invest EUR	1231.37
Swissca Bond Invest GBP	1273.02
Swissca Bond Invest AUD	1189.43
Swissca Bond Invest CAD	1163.86
Swissca Bond Invest JPY	115156.00
Swissca Bond Sfr. CHF	94.65
Swissca Bond International CHF	104.50
Swissca Bond Invest International CHF	109.40
Swissca Bond Invest Medium Term CHF	97.53
Swissca Bond Invest Medium Term USD	105.15
Swissca Bond Invest Medium Term EUR	99.14
Swissca Asia CHF	110.80
Swissca Europe CHF	287.20
Swissca North America USD	239.00
Swissca Austria EUR	72.20
Swissca Emerging Markets Fund CHF	111.92
Swissca France EUR	48.05
Swissca Germany EUR	176.05
Swissca Great Britain GBP	237.80
Swissca Italy EUR	145.05
Swissca Japan CHF	114.55
Swissca Netherlands EUR	73.80
Swissca Small and Mid Caps CHF	292.35
Swissca Switzerland CHF	331.05
Swissca Tiger CHF	78.95
Swissca Lux Fund Sector Communication EUR	383.06
Swissca Lux Fund Sector Energy EUR	619.42
Swissca Lux Fund Sector Finance EUR	596.88
Swissca Lux Fund Sector Health EUR	685.24
Swissca Lux Fund Sector Leisure EUR	495.45
Swissca Lux Fund Sector Technology EUR	458.23
Swissca Gold CHF	402.50
Swissca Green Invest CHF	146.95
Swissca Ica CHF	300.00
Swissca Lux Fund Floor Switzerland CHF	946.06